

böhlau



NACH DER
URKATASTROPHE

DEUTSCHLAND, EUROPA
UND DER ERSTE WELTKRIEG

PETER MÄRZ



NACH DER
URKATASTROPHE

DEUTSCHLAND, EUROPA
UND DER ERSTE WELTKRIEG

PETER MÄRZ

[3>>] Peter März

NACH DER URKATASTROPHE

Deutschland, Europa und der Erste
Weltkrieg



2014

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

[<<3||4>>] Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://portal.dnb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Nach der Unterzeichnung des Locarnopakts, London, 1. Dezember 1925.

In der ersten Reihe v.r.n.l.: Baldwin, Luther, Lady Chamberlain und Tochter, Briand, Vandervelde.
Auf der Treppe v.r.n.l.: Skrzyński, Stresemann, Scialoja, Beneš; dahinter Churchill und Chamberlain.
Foto: Politisches Archiv, Auswärtiges Amt, Berlin.

© 2014 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektur: Text | Bild | Recherche, Rainer Borsdorf (M.A.)
Satz: WBD Wissenschaftlicher Bücherdienst, Köln
Druck und Bindung: Finidr s.r.o., Český Těšín

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the Czech Republic

ISBN 978-3-412-22199-7 (Print)

Datenkonvertierung: Datamatics Global Services, Griesheim

ISBN 978-3-412-21712-9 (eBook)

[<<4||5>>] *Für Caroline* [7>>]

Inhalt

Einführung

Dimensionen

Der Weg in den Krieg

Die Expansion des Krieges

Erschöpfungskrieg und Erschöpfung

Andere Friedenstopographien in Europa – 1990, 1648, 1714, 1814/15

Versailles entgegen: Die USA als neuer Player und die Vorgeschichte mit Brest-Litowsk

Die Pariser Vorortverträge

Versailles

Ökonomien, soziale Prozesse, Demographie

Mächtepolitik

Die deutsch-polnisch-russische Dreieckstragödie

Das Ende der großdeutschen Perspektive

Milieus, Kulturen, Stile, Werte in Deutschland

Parteien in Deutschland

Zivilisationsbrüche, „Totaler Krieg“

Schlussüberlegungen

Literatur

Personenregister

[9>>] **Der britische Botschafter in Berlin, Viscount D'Abernon, in seinen Memoiren zur Bilanz des Krisenjahres 1923 an dessen 31. Dezember**

„Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, dass sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. Obwohl ich diesen ganzen Zeitraum miterlebte und mich an manchen Ereignissen aktiv beteiligte, habe ich nicht immer im Augenblick erfasst, wie schicksalsschwer die Lage war. Wenn man zurückblickt, sieht man klarer, wie nah dieses Land am Abgrund stand.

In den zwölf Monaten von Januar bis heute hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden:

die Ruhrinvasion;

den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen;

den Hitler-Putsch in Bayern;

eine Wirtschaftskrise ohnegleichen;

die separatistische Bewegung im Rheinlande.

Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet. Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, dass ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurch gesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird.“¹

¹ Viscount D’Abernon: Ein Botschafter der Zeitwende: Memoiren Bd. II: Ruhrbesetzung, Leipzig o. J. (1929), S. 337f. ^[11>>]

Einführung

Die sogenannte „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts war weithin „nur“ die katastrophale Eröffnung des 20. Jahrhunderts für die Europäer. In anderen Weltregionen mag sie heute als Auftakt zu Emanzipation, Befreiung und Bedeutungsgewinn gesehen werden. Und auch auf der Zeitachse der uns bekannten europäischen Geschichte muss der Erste Weltkrieg keineswegs als eine historische Urkatastrophe schlechthin erscheinen. Der Dreißigjährige Krieg war, jedenfalls für Deutschland, vermutlich die intensivere Katastrophe; ein Unterschied liegt allerdings darin, dass sich an sein Ende doch Besserung und Aufstieg anschlossen. Vor allem war die Ära der blutigen Konfessionskämpfe ein für alle Mal vorbei. Und vielleicht war die größte Katastrophe für die damals europäisch-mediterrane Welt das Verlöschen der antiken Zivilisationen in den Stürmen der Völkerwanderung.

In der deutschen Rückschau erscheint der Erste Weltkrieg bis heute für die meisten Beobachter wie die Ouvertüre zu etwas noch Negativerem, zu etwas noch Böserem, zumal auf dem eigenen Schuldkonto: zur Herrschaft der Ideologien und Totalitarismen, zu Genozid und Eroberungskrieg, darunter an erster Stelle der Holocaust, und zum totalen Krieg, den jedenfalls Ludendorff miterfunden und den Goebbels im Februar 1943 öffentlichkeitswirksam proklamiert hatte. Freilich: Der Erste Weltkrieg ist weithin mehr und anderes als „nur“ Vorgeschichte.

Und zugleich muss man die Kehrseite in den Blick nehmen, die Forcierung von Modernisierungen, einen tiefgreifenden und dynamisierten gesellschaftlichen Wandel. Das 1919 erstmals praktizierte Frauenwahlrecht in

Deutschland ist nur ein Beispiel. Hinzu kommen die beschleunigte Demokratisierung in vielen europäischen Ländern, darunter nicht wenige, denen der Krieg überhaupt erst zur Verselbstständigung verholfen hatte, und nicht zuletzt der Beginn von Entkolonialisierungsprozessen, nicht so sehr im Sinne schon eines faktischen Rückzuges der Briten, Franzosen, Portugiesen oder auch Niederländer aus ihren Besitzungen, aber doch bereits im Sinne erkennbar werdender Überdehnungen, die die europäischen Imperialismen in die Krise stürzen würden. Hinzu kam, dass auch „Realpolitik“ in Rechnung stellen muss, was es an idealen Forderungen und ihnen zumindest offiziell dienenden Institutionen gibt. Dafür stehen in der Zwischenkriegszeit, bei allen Schwächungen und Verletzungen, Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund.

[<<11||12>>] Der hier vorgenommene Versuch, bestimmte Entwicklungen, die sich aus dem Ersten Weltkrieg, in erster Linie für Deutschland, ergaben, in den Blick zu nehmen und ihren Fortgang zu begleiten, teilweise bis in unsere Gegenwart, ist unbestreitbar fragmentarisch und in seinen Schwerpunktsetzungen subjektiv geprägt. Wer alles haben möchte, wird manches, vielleicht vieles, vermissen, und über Gewichtungen wird es ohnehin nie Konsens geben können: Es geht hier z. B. nicht um die Verarbeitung des tief aufwühlenden Kriegsgeschehens in Kunst und Psyche der Menschen, darunter die Fülle an Romanen, die sich den vier Jahren Grabenkrieg von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze widmeten. Auch die konstitutiven Wandlungen in Deutschland treten zurück: von der Monarchie zur Republik mit Reichspräsident als Ersatzkaiser, mächtig u. a. durch Oberbefehl und Notverordnungsrecht, im Kontrast zu Kanzlerdemokratie, gestärktem Parlament und gestärkten Parteien seit 1949. Diese zentralen Veränderungen, vielfach dargestellt, schwingen hier in ihren politisch-kulturellen Reflexen gewissermaßen mit. Die durchaus subjektiv

gewählten Längsschnitte werden teilweise um „Vorgeschichten“ ergänzt: Denn nur wenn man, etwa was die außenpolitische Positionierung Deutschlands oder sein ökonomisches Gewicht anbelangt, auch die Welt vor 1914 in den Blick nimmt, kann man die Reichweite der durch den Krieg bedingten Veränderungen angemessen einordnen, unmittelbar und sofort wirksam wie mittelbar und teilweise bis in unsere Gegenwart spürbar. Dabei geht es, das sei ganz freimütig deutlich gemacht, eindeutig auch darum, Tendenzen aus den Betrachtungen der letzten Jahrzehnte zu relativieren: Das betrifft die geradezu autistische Fokussierung auf Deutschland als den nicht nur mehr oder weniger alleinigen Urheber des Ersten Weltkrieges, sondern überhaupt als den einzigen relevanten Faktor, dessen Handeln und dessen verantwortliche Akteure es immer wieder in eine Art Kernspintomograph zu legen galt, während, paradoxerweise gerade in der Wahrnehmung großer Teile der deutschen Geschichtswissenschaft, andere Mächte und deren zentrale Akteure mehr oder weniger weitgehend außer Betracht blieben. So kann aber kein Bild eines komplexen Geschehens entstehen, zumal dann nicht, wenn man plausibler Weise auch berücksichtigt, dass für jeweils eine Epoche, für die Phase einer jeweils bestimmten politischen und militärischen Kultur auch manches dafür spricht, dass die Verantwortlichen in den verschiedenen Hauptstädten durchaus ähnlichen Vorstellungen folgen und ähnlichen Zwängen unterliegen.

Im Folgenden werden somit Fragestellungen in ihren Entwicklungslinien verfolgt und erörtert, die sich aus dem Ersten Weltkrieg ergaben und die, zumal im Blick auf Deutschland, für seine innere Lage wie für seine Außenbeziehungen von Bedeutung und Gewicht waren. Welche Fragen bzw. Themen sind dies? [<<12||13>>] Es geht einmal um Fragen, die auch aus heutiger Sicht vielfach mit dem Ersten Weltkrieg verbunden werden: Die Entwicklung

der europäischen Ökonomien, insbesondere im Weltmaßstab und im vergleichenden Blick auf die USA, das Auf und Ab der Mächte in den Internationalen Beziehungen und zugleich bezogen auf die sich bis in unsere Gegenwart mehrfach neu einrichtende globale Bühne, darunter zuletzt der Aufstieg Chinas zum Rivalen der USA, die Eröffnung des Zeitalters von im Exzess schließlich genozidalen und rassistischen Zivilisationsbrüchen und totalen Kriegen, letztere prototypisch schon bei Napoleons Feldzug 1812 in Russland und im vorletzten Jahr des amerikanischen Bürgerkrieges 1864. Damals setzten die Nordstaaten, von Kriegsmüdigkeit an der Heimatfront bedroht, durch Zerstörung des gegnerischen Hinterlandes alles daran, den Konflikt schnell und siegreich zugleich zu beenden.

Schließlich geht es, vergleichend, um Kultur und Ergebnisse des Friedensschließens: Wie steht hier Versailles da, verglichen mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wie dem Wiener Kongress 1814/15 und den anderen großen europäischen Friedenswerken von 1648 und 1713/14?

Innerdeutsch geht es um Werte, Kernüberzeugungen wie Stile und politische Kulturen, vor allem im Reflex auf den Krieg, während der Weimarer Jahre der Zwischenkriegszeit und, in vielem darauf aufbauend, um die Entwicklung der parteipolitischen Milieus und Formationen vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. Zwei Fragestellungen mögen wenigstens manche Leserinnen und Leser überraschen: Die Frage nach kleindeutsch oder großdeutsch und die Darstellung der deutsch-polnischen-russischen Dreiecksgeschichte vom 1914 dreigeteilten Polen bis zum EU- und NATO-Mitglied Polen, in immer noch prekärer Beziehung zum postsowjetischen Russland, über alle Zäsuren und Schrecknisse des 20. Jahrhunderts hinweg. Ein großdeutsches Deutschland, unter Einbezug Österreichs, war 1848/49 wie 1919, obwohl vielfach gewünscht, nicht zustande gekommen, aber es blieb - wie realisierbar auch

immer – lange auf dem zumindest offiziellen Wunschzettel in Berlin und Wien. 1945 war diese Perspektive buchstäblich aufgehoben, weil mit zwischenzeitlich im NS-Großdeutschland gemachten Erfahrungen wie mit den Fronten des heraufziehenden Kalten Krieges gänzlich unvereinbar. Nun war ganz unvorstellbar geworden, was der letzte Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei bis 1933 und zugleich 1949 erste Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, politisch und kulturell großdeutsch, ja mitteleuropäisch motiviert, am 27. November 1928 im Bayerischen Landtag so formuliert hatte: „Die Täler am Brenner, die Täler im Böhmerwald, die Täler an der Enns und am Inn, sie sind dem deutschen Boden, der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft von dem bayerischen Stamme, durch friedliche [<<13||14>>] Kolonisationsarbeit des bayerischen Volkes gewonnen worden. Was die Ahnen dem deutschen Volksgedanken erobert, das müssen die Enkel dem deutschen Staatsgedanken auch zu erhalten streben“ – wenn auch eben nicht gegründet auf dem Gedanken der Macht und des Zwanges und der Zerstörung, sondern mittels „der Versöhnung, des Verstehens und des Sichfindens“² – dies war denn doch ein kategorialer Unterschied zur NS-Imperialpolitik der dreißiger Jahre gegenüber Österreich. Gleichwohl: Die mitteleuropäische Landschaft ordnete sich nach 1945, in einer machtpolitisch und ideologisch zunehmend bipolaren Welt, ganz anders als nach 1919 – aber das bedeutet eben nicht, dass dieses Vorher es nicht wert wäre, einen Platz im historischen und im kulturellen Gedächtnis zu behalten. Diese Darstellung schildert die Genese des Ersten Weltkrieges, wie zwangsläufig auch immer, im Blick auf Mächtebeziehungen, Rüstungsstände und Entwicklung der Ökonomien vor 1914. Dagegen treten die innenpolitischen Aggregatzustände der beteiligten großen Staaten weithin zurück. Im Blick auf Deutschland, das hier ja im Vordergrund steht, sei dazu

zumindest soviel festgehalten: Es war in seiner politischen Realverfassung gewiss keine Demokratie im Lehrbuchsinne, in gewisser Weise aber zugleich Trendsetter hinsichtlich zentraler politischer Entwicklungen: Insbesondere durch sein vorbildliches Reichstagswahlrecht³, durch sein ausdifferenziertes Parteiensystem, an das als eine Konstante nach 1919 wie nach 1945/49 angeknüpft wurde, mit der vor dem Ersten Weltkrieg größten Sozialdemokratie in Europa, freilich auch mit den hier typischen Spannungen zwischen Reformern und Dogmatikern. Regierungschefs, Minister in den Ländern und Staatssekretäre im Reich bedurften nicht der formalen parlamentarischen Zustimmung - diese entscheidende Klippe auf dem Weg zur echten parlamentarischen Monarchie ist in Deutschland erst in der sogenannten Oktoberverfassung von 1918 überwunden worden, rund zwei Wochen vor Kriegsende und Revolution und ohne noch Geltung finden zu können. Das Bild ist ambivalent: Auf der Negativseite die unbestritten große und prekäre Autonomie des Militärs, auf der Habenseite die Notwendigkeit aller politischer Führungen, sich mit den Reichstagsmehrheiten zu arrangieren, um Haushalte und Gesetze gebilligt zu erhalten und damit eben doch eine Einfallspforte für Parlamentarismus. Auf der einen Seite Minister und [<<14||15>>] Staatssekretäre ohne parlamentarische Sozialisation - was dazu führen sollte, dass die Regierungen der Weimarer Jahre notgedrungen aus Akteuren bestanden, die bis 1918 „nur“ Abgeordnete, Oberbürgermeister, Richter, im Falle der SPD zumeist Journalisten und Funktionäre neben dem Status als Parlamentarier gewesen waren, die aber eben nicht exekutive Erfahrungen mitbrachten.

Aber man sollte, um die politische Verfasstheit des Kaiserreiches fair zu würdigen, drei Faktoren mit bedenken: Es gab auch schon vor 1914 in Deutschland, seine sehr plurale, oft sehr kritische Presse einbezogen, eine politische

Klasse von hoher Kompetenz und verantwortungsethischer Grundhaltung, auch über Parteigrenzen vielfach kommunizierend und agierend. Das Zweite ist, dass auch für diese Zeit demokratische Verfasstheit keineswegs demokratisch-transparente Politik verbürgt: die Außenpolitik des liberalen britischen Außenministers Sir Edward Grey wurde, was ihre tatsächlichen Ziele und Vorgehensweisen anbelangt, schwerlich transparenter gestaltet als die der Staatssekretäre im deutschen Auswärtigen Amt in Berlin – wenn überhaupt. Und in Berlin wie in London gab es Presse wie Parlamentarier, die ähnlich „tickten“ – teils kritisch, teils affirmativ gegenüber der eigenen Führung. Solche tatsächlichen Analogien relativieren die gegebenen konstitutiven Unterschiede. Schließlich die deutsche Eigenheit von mehr als 20 monarchischen Höfen im Land. Ein Anachronismus, der im November 1918 ohne viel Federlesens von der Bildfläche verschwand? Vielleicht doch nicht ganz: Die Monarchen der mittelgroßen Staaten, in München, in Dresden, in Stuttgart, sorgten sich nicht nur um Wissenschaft und Bildung, um Prosperität und sozialen Ausgleich im Land, ihre Höfe, teilweise stark verbürgerlicht, waren auch Kristallisationskerne plural-föderaler, fortschrittlicher Identität, auch in Abgrenzung zur preußisch-deutschen Kapitale in Berlin; aber dies war in aller Regel eine produktiv-moderate, keineswegs eine apodiktische Abgrenzung. Und die Kleineren, denen die Potenz zu politischer Gestaltung abging, bemühten sich um kulturelle Profilierung, ob mit dem belgischen, höchst progressiven Architekten und Designer Henry van de Velde in Weimar, von dem die Linien zum späteren Bauhaus gehen, ob mit der Meininger Bühne, die der dortige Herzog Georg II. bis 1914 förderte.⁴ Kein Zweifel: Auch die heutige Bundesrepublik zehrt vielfach noch vom politischen und kulturellen Erbe der Zeit von vor 1914, und sie täte nicht schlecht daran, dieses Erbe auch anzunehmen. In der

Geschichte gibt es wenig Gewissheiten, und umgekehrt gehört es zur wirklich aufgeklärten Gesellschaft, dass sie ihre [<<15||16>>] Bilder und Vorstellungen von der Vergangenheit stets aufs Neue daraufhin befragt, wie tauglich und zutreffend sie eigentlich sind oder ob man es sich in Vorstellungen von der Vergangenheit bequem und konsensual eingerichtet hat, um im Rahmen des jeweils geschichtspolitisch Gefälligen wohlbehalten einen akzeptierten Standort einnehmen zu können. Solche Muster gilt es nicht zu tradieren, sondern in Frage zu stellen.

-
- 2 Zit. nach Otto Altendorfer: Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945, Teilband 1, München 1993, S. 366f.
 - 3 Im Sinne auch politischer Modernisierung des Kaiserreiches Margaret Lavinia Anderson: Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009, ferner Sven Oliver Müller, Cornelius Torp (Hrsg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009.
 - 4 Alfred Erck, Hannelore Schneider: Georg II. von Sachsen-Meiningen. Ein Leben zwischen eroberter Macht und künstlerischer Freiheit, Zella-Mehlis, Meiningen² 1999. [<<16||17>>]

Dimensionen

Vermutlich war der Erste Weltkrieg gar nicht der erste militärisch ausgetragene globale Konflikt; im eigentlichen Sinne, ja auf bestimmte Weise durchaus zutreffender, dürfte es der Siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763⁵ gewesen sein, ausgetragen in den ersten fünf Jahren zwischen Preußen und England in Mitteleuropa auf der einen Seite, Österreich als Motor der gegnerischen Koalition, Frankreich, Russland und dem Heiligen Römischen Reich auf der anderen Seite, mit ebensolcher Intensität aber auch in Nordamerika und annähernd auch auf dem indischen Subkontinent, wo es jeweils um die eigentlichen imperialen Erfolgsprämien zwischen Briten und Franzosen ging. Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 wurde hingegen, sieht man vom eher pittoresken Widerstand der Deutschen in ihren afrikanischen und asiatischen Kolonien (Tsingtau) ab, ebenso von den letzten Feldzügen der osmanischen Türkei zwischen Dardanellen und Kaukasus, wie vom U-Boot-Krieg im Atlantik, im Wesentlichen doch in der Mitte des europäischen Kontinents geführt - und auch hier entschieden. Blickt man auf ein Rechteck mit drei Kriegsfronten, nach Osten im heutigen Polen, Weißrussland und der Ukraine, nach Süden im heutigen Slowenien wie im nordöstlichen Italien und nach Westen im östlichen Frankreich, hier sozusagen im Herzen des alten Karolingerreiches, dann hat man das militärische, das geostrategische und das politische Zentrum dieses Weltkonfliktes ziemlich präzise fokussiert und damit zugleich ein Paradoxon beschrieben: In diesen Krieg waren - erstmals - alle Kontinente hineingezogen, Australien und Kanada von Anfang an als britische Dominions, am Ende die USA als die

ausschlaggebende neue Weltmacht, und doch entschied sich alles auf einer Bühne, die von West nach Ost nicht mehr als ca. zweitausend Kilometer umfasste. Das, unter anderem, unterscheidet den Ersten auch vom Zweiten Weltkrieg, bei dem die militärischen Entscheidungen in der Mitte des Pazifiks, in der Mandschurei, an der Wolga, unweit des Nils und in der Normandie fielen, also um viele Tausende von Kilometern voneinander entfernt. Vom Zweiten Weltkrieg und seinen singulären Begleitumständen, den vielberufenen Zivilisationsbrüchen an erster Stelle, ist hier noch nicht zu reden. Was dem Ersten Weltkrieg vermutlich doch mit gutem Grund seinen Namen verleiht, das sind eher, wenn man das bei einer militärischen Auseinandersetzung so sagen darf, die qualitativen, nicht so sehr die [<<17||18>>] quantitativen Faktoren. Gewiss, die ca. zehn bis zwölf Millionen militärischen Gefallenen dieses Krieges dürften in der damaligen Weltgeschichte die höchste Zahl für bewaffnete Konflikte bedeuten, aber dieses Bild relativiert sich, rechnet man es in Bevölkerungszahlen und Größenordnungen der beteiligten Parteien um: Der Dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 hat ganz Mitteleuropa, nimmt man insbesondere Böhmen und Mähren, die heutige Tschechische Republik, hinzu, zweifellos sehr viel mehr geschwächt, ja zerstört als der Erste Weltkrieg, Bevölkerungsrückgänge und strukturelle Schwächungen bis 1648 waren noch ein Jahrhundert später spürbar. Und die Napoleonischen Kriege haben zumindest Süddeutschland in einer Weise Opfer abverlangt, die denen des Ersten Weltkrieges gleichkommen – allein beim Feldzug des französischen Kaisers Napoleon 1812 nach Russland sind an die dreißigtausend Bayern gefallen, verhungert, erfroren, jedenfalls irgendwo zwischen Memel und Moskauer Kreml krepirt. Der Erste Weltkrieg ist aber zum einen jener Konflikt, mit dem das „Zeitalter der Ideologien“⁶ politisch wirkmächtig beginnt. Für alle drei, die in Europa ab 1917

politische Geltung, ja Herrschaft beanspruchen, ist das jeweilige Gedankengut schon vor 1914 ausgeprägt. Die Rede ist von Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus. Alle drei resultieren, wie im Übrigen auch das Aufkommen des Antisemitismus in dieser Zeit, aus einer Krise des liberalaufklärerischen Denkens wie parallel auch christlicher Überzeugungen und Bindungen. Es kam da manches zusammen: Der Machbarkeits- und Gestaltungsanspruch im Zusammenhang mit einem Fortschrittsoptimismus, der vor allem aus den scheinbar unentwegten naturwissenschaftlichen und technischen Errungenschaften des Zeitalters resultierte – inszeniert für das europäische und nordamerikanische Publikum an erster Stelle mittels Weltausstellungen. Der Glaube, eigentlich innerweltlich alles erklären und ganz neue Stufen des Menschseins planen wie erreichen zu können, korrelierte mit einem Verlust an transzendenten Überzeugungen in großen Teilen des europäischen Akademikertums. Zu diesem Moment eines deterministischen Fortschrittsglaubens kamen, auf der Gegenseite, vielerlei Ängste und Feindbilder. Klassen, Schichten und Stände wie Nationen und ethnische Gemeinschaften fürchteten um ihre Rolle, um ihre Identität, um ihr Überleben. Der Adel glaubte sich dem Leistungsdenken und den Bankkonten des aufstrebenden Bürgertums unterlegen, das Bürgertum fürchtete seit der Pariser Kommune von 1871 die proletarische Revolution, die Proletarier selbst sahen sich ausgebeutet, drangsaliert und hintangesetzt, die [18|19] Eliten Österreich-Ungarns fürchteten sich vor dem russischen Panslawismus, in Deutschland glaubte man die Polen und mit ihnen das Slawentum insgesamt in Posen, Westpreußen und Oberschlesien auf dem Vormarsch, in Frankreich grassierte die Furcht vor der – jedenfalls damals – überlegenen deutschen Demographie, und in ganz Europa wurde die Furcht vor der Gelben Gefahr inszeniert, einer künftigen chinesischen Weltdominanz – obwohl China in der Zeit

zwischen Boxeraufstand und Erstem Weltkrieg machtpolitisch am Boden lag und von den europäischen Imperialmächten, aber auch von den USA und Japan drangsaliert wurde.

In diesem Klima liegen Anfänge jener auf das menschliche Individuum, sein Lebensrecht wie seinen Anspruch auf Selbständigkeit und Glück keinerlei Rücksicht nehmenden Ideologien. Sie bedurften aber der Niederlagen wie der Traumata des Ersten Weltkrieges, um mit mehr oder weniger Zeitverzug an die Schalthebel der politischen Macht zu gelangen, in Russland mit den Bolschewiki bereits im Herbst 1917, in Italien mit dem Faschismus 1922 und in Deutschland, nach vielerlei Anläufen bereits zu Beginn der zwanziger Jahre, mit den Nationalsozialisten am 30. Januar 1933. Der Erste Weltkrieg wirkte aber nicht nur wie eine Art Initialzündung, durch die das Böse der Ideologien aus einer Pandorabüchse gelangte. Er brachte auch die großen Strömungen und Tendenzen des 19. Jahrhunderts auf einen Höhe- wie in gewisser Weise Schlusspunkt:

Die Industrielle Revolution mit ihrer ungeheueren Erschließung von Produktionskapazitäten, das Ringen um den Verfassungsstaat und den Kampf um Nation, Nationalstaat und politische Selbstbestimmung. Er war zugleich ein Kampf der Maschinen und der Labors, der Stahlhütten und Gießereien, der Mikroskope und der hochgezüchteten chemischen Verbindungen und damit auch ein Kampf um die Rohstoffe, ohne deren Einsatz nichts hergestellt und transportiert werden konnte. Auch auf diesen Feldern war es so, dass während des Krieges wenig wirklich neu entstand, aber vieles in ganz neuen Dimensionen eingesetzt und immer weiter entwickelt wurde. Panzer, (Gift-) Gas, künstlicher Dünger, Flugzeuge und Funk, die Pläne und Verfahren für all dies kannte bereits die Welt vor dem Krieg. Aber ein bis zwei Jahre nach dessen Ausbruch genügten, um diese Techniken bestimmend

werden zu lassen. Als zu Anfang August 1914 die mobilisierten europäischen Millionenheere aufeinander zu marschierten, sah es mitunter noch so aus, als nehme das 19. Jahrhundert in einer großen Oper seinen Abschied, mit der alten aristokratischen Waffengattung der Europäer, der Kavallerie, mit den berühmten roten Hosen der französischen Soldaten, mit Pickelhaube und Degen. Nach ein bis zwei Jahren war davon nichts mehr zu sehen. Der Krieg war grau, morastig, bestimmt durch Stahl, Sprengstoff und [<<19||20>>] Gift, durch Traumata und psychische Erkrankungen, die bis dahin kein Mensch in Europa gekannt hatte.

Dieser Krieg stellte auch die politischen Ordnungsformen auf die Probe – mit überraschenden Ausgängen. Viel ist von der Diktatur der Militärs die Rede, und doch stärkte er an erster Stelle den Gedanken der Demokratie, der politischen Teilhabe bis in die Arbeiterklasse hinein. Die monokratischen Imperien, das osmanische und das russische Reich, verschwanden ganz. Gleiches widerfuhr der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, freilich weniger aus konstitutionellen denn aus ethnischen Gründen. Die vermeintlich stärkste europäische Macht der Zeit, das monarchisch-konstitutionelle deutsche Kaiserreich, ging am Ende in die Knie, seine Verfassungsform schien obsolet und delegitimiert, und es präsentierte sich ab 1919 in einem neuen Aggregatzustand: geschwächt, verkleinert und, jedenfalls für das erste, demokratisiert. Einzig die beiden westeuropäischen Großmächte überlebten den Krieg in ihrem inneren politischen Gefüge scheinbar unverändert. In Frankreich amtierte Staatspräsident Poincaré über die gesamte Kriegszeit als Staatsoberhaupt. Erst die weitere Zukunft sollte zeigen, welche sozialen und politischen Wandlungen der Krieg in Frankreich und Großbritannien herbeigeführt hatte. Schließlich das Moment des Nationalen:

Das 19. Jahrhundert ist in Europa vor allem auch das Jahrhundert der Ausprägung des Nationalstaates; die spektakulärsten Beispiele waren Deutschland und Italien, das traurigste Misslingen stellte der Fall Polen dar, nicht weil die polnische Nation zur Nationalstaatsbildung unfähig gewesen wäre, sondern weil die überlegene Macht des Zarentums sie daran hinderte. Das Verlangen nach dem eigenen Staat, für die eigene Ethnie bzw. auch für die eigene kulturelle oder religiöse Gruppe, war durch die großen Nationalstaatsbildungen aber noch bei weitem nicht gestillt. Der Erste Weltkrieg wirkte wie ein Katalysator, der allen möglichen Völkern Legitimation wie Perspektive gab, nun um den eigenen Staat zu kämpfen oder doch die eigenen Grenzen expansiv zu arrondieren. Dabei ging es gar nicht so sehr um die klassischen Großmacht-Konfliktlinien. Dass Frankreich bei entsprechendem Kriegsausgang Elsass-Lothringen zurückerhielte, war von vornherein klar. Jetzt aber wurde das Selbstbestimmungsrecht gewissermaßen zum Fetisch, an den sich, zumal in Ostmitteleuropa, alle Völker klammerten, wie hoch auch immer der Preis für Verselbstständigung, Abgrenzung, für militante Inklusion und Exklusion wäre. Das waren einmal alle die Ethnien, die bei günstiger Gelegenheit dem zaristischen Imperium entkommen wollten: die Finnen und die baltischen Länder, die Ukrainer oder jene Staaten und Völker im Kaukasusgebiet, die das zaristische Russland des 19. Jahrhunderts in einem viele Jahrzehnte dauernden Prozess gewaltsam in sein Imperium [<<20||21>>] integriert hatte. Das waren die nach der Abtretung Venetiens 1866 an Italien verbliebenen Italiener in Österreich-Ungarn, im Trentino wie um Triest. Das waren die verschiedensten slawischen Völker, gleichfalls in der Donaumonarchie, die sich schon während des Krieges immer vehementer von Wien und Budapest abgewandt hatten und mit ihrem Verlangen nach Selbstbestimmung in Paris, in London und schließlich in Washington immer mehr Zuspruch und Unterstützung

fanden. Und schließlich ging es auch um große Teile der osmanischen Erbschaft, im Zweistromland, auf der arabischen Halbinsel und in Palästina. Dieses Erbe würden Großbritannien und Frankreich für sich in Anspruch nehmen, es verwalten, vielerlei Zusagen geben und am Ende in diesem „Nahen Osten“ vor allem Unfrieden und Konfrontation stiften, zwischen Juden und Arabern wie beim Kampf ums Öl.

Der Erste Weltkrieg, das machen diese wenigen Beleuchtungen deutlich, bringt für die Europäer das Ende jener Welt, die ihnen vertraut gewesen war und in der sie sich beheimatet gesehen hatten. Aber er kreierte zugleich aus sich heraus keineswegs eine neue Welt, deren Konturen sich bei Kriegsende und Friedensschlüssen schon deutlich erkennbar abgezeichnet hätten. Er zerstörte – vermeintliche – Sicherheiten, er gebar Verluste und Unsicherheiten.

5 Vgl. Marian Füssel: Der Siebenjährige Krieg. Ein Weltkrieg im 18. Jahrhundert, München 2010.

6 Karl Dietrich Bracher: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982. [[21](#)||[22](#)>>]

Der Weg in den Krieg

Am 28. Juni 1914 wurden in Sarajewo der österreichisch-ungarische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, und seine Gemahlin Sophie, die Herzogin von Hohenberg, von Terroristen erschossen, die der serbische Geheimdienst instruiert, angeleitet und ausgerüstet hatte – es war der Auftakt zu jener sogenannten „Julikrise“, an deren Ende, zirka fünf Wochen später, der Krieg nahezu aller gegen alle in Europa stand. Von den namhafteren Akteuren auf der Bühne des Kontinents waren allein Italien und das Osmanische Reich vorderhand noch nicht einbezogen. Aber diese „Julikrise“ nahm einen merkwürdigen Verlauf. In den ersten gut drei Wochen passierte nahezu nichts, die politischen und militärischen Spitzen waren in aller Regel nicht an ihren Arbeitsplätzen, sondern auf Sommerfrische oder auf Kur, wie es sich die Angehörigen der europäischen Oberschichten damals schon leisten konnten, darunter die monarchischen Oberhäupter der sogenannten Mittelmächte an ihren üblichen Urlaubsorten, der österreichische Kaiser Franz Joseph in Bad Ischl, Kaiser Wilhelm II. zunächst auf seiner geliebten Nordlandfahrt durch die norwegischen Fjorde. Später hat man lange gemeint, dieses touristische „business as usual“ sei ein Ablenkungsmanöver gewesen, die Herrscher und ihre führenden Mitarbeiter hätten längst die Lunten an das europäische Pulverfass gelegt gehabt. Und dieses Bild stand im Zusammenhang mit der über Jahrzehnte dominierenden Auffassung, den europäischen Großmächtekonflikt habe Berlin initiiert, mit seinem Juniorpartner Wien (und Budapest) als Komplizen, der über den Konflikt mit Serbien die Pandorabüchse zum vom deutschen Generalstab wie von der deutschen politischen

Führung erstrebten kontinentalen Showdown geöffnet habe. Eine der zentralen Stationen auf dem Weg zum Krieg war aber der Besuch der französischen Führung – Staatspräsident Poincaré und Ministerpräsident Viviani – bei der russischen Führung vom 20. bis 22. Juli 1914 in St. Petersburg. Der in Großbritannien lehrende, aus Australien gebürtige Historiker Christopher Clark war in den letzten Jahren durch Darstellungen hervorgetreten, die Preußen-Deutschland wie die Figur seines letzten Monarchen, Wilhelms II., in ein von den gängigen Stereotypen ziemlich freies Licht rückten.⁷ Er schildert in seiner jüngsten Darstellung der innereuropäischen Entwicklungen dieser Phase eine [<<22||23>>] Begegnung zwischen Poincaré und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Graf Szápáry in Petersburg am 21. Juli. Der französische Staatspräsident sprach die Frage einer österreichisch-ungarischen Genugtuung für die Mordtat vom 28. Juni an – immerhin ein ungeheures Sakrileg in einer weithin noch aristokratisch bzw. monarchisch geprägten Welt mit ihren Konventionen von Ehre und Satisfaktion. Ganz Europa wartete inzwischen seit über drei Wochen, wie die Wiener Führung auf die serbische Herausforderung reagieren würde – immerhin war eine der klassischen europäischen Großmächte faktisch wie symbolisch aufs Schwerste herausgefordert worden. Allerdings hatte man in Wien den Fehler begangen, sich zwar bereits wenige Tage nach der Mordtat vertraulich der Solidarität des großen Berliner Verbündeten zu versichern, Wilhelm II. selbst war naturgemäß besonders entsetzt über die Ermordung seines auch ganz persönlichen Freundes Franz Ferdinand, den er zuletzt erst wenige Wochen zuvor im böhmischen Konopischt getroffen hatte. Aber nun verpuffte über die Wochen die Solidarität der europäischen Führungen mit Österreich-Ungarn bzw., ganz unmittelbar, mit Kaiser Franz Joseph. Ein Grund für die verzögerte Antwort, das schließlich erst am 23. Juli in Belgrad

überreichte österreichisch-ungarische Ultimatum, war das Kalkül, erst einmal den französischen Staatsbesuch in St. Petersburg abwarten zu wollen. Franzosen und Russen, seit nunmehr gut zwanzig Jahren politische wie militärische Verbündete, sollten nicht mehr die Gelegenheit haben, sich über die serbische Antwort unmittelbar austauschen und tatsächlich gemeinsam den Serben die Feder führen zu können. Das also war die Lage, als der französische Staatspräsident am 21. Juli den Botschafter der Donaumonarchie in der russischen Hauptstadt zur Rede stellte. Poincaré bestritt unverhohlen den österreichisch-ungarischen Anspruch auf Genugtuung, drückte seine Besorgnis hinsichtlich der erkennbar bevorstehenden Wiener Note aus und drohte mit den Großmächten des Zweibundes, die Serbien zur Seite stünden – schlicht eine Kriegsdrohung mit dem großen europäischen Konflikt: „I remark to the ambassador with great firmness that Serbia has friends in Europe who would be astonished by an action of this kind.“ In noch zugespitzterer Überlieferung: „Serbia has some very warm friends in the Russian people. And Russia has an ally, France. There are plenty of complications to be feared!“⁸

Über Jahrzehnte, das heißt rund gerechnet seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, hatte es in (West-) Deutschland so etwas wie eine kanonisierte Sprachregelung gegeben, Berlin habe diese Urkatastrophe der europäischen [<<23||24>>] Geschichte weitestgehend schuldhaft herbeigeführt, es trage somit die Hauptlast für alles Folgende; der Juniorpartner, Österreich-Ungarn, und sein Konflikt mit Serbien habe nur den günstigen Anlass geliefert: Weil es eben ein Balkankonflikt war, in den Wien und Budapest existentiell verstrickt waren, habe das Wilhelminische Reich lange Zeit die Rolle des scheinbar Unbeteiligten spielen können und zugleich habe Österreich-Ungarn als Bündnispartner unbedingt agieren müssen; wäre

hingegen der Ausgangspunkt etwa ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich gewesen, dann hätte die Wiener Politik sich eher auf Distanz halten können.

Und warum wollte Deutschland nach solchen Lesarten, deren „Urknall“ die Forschungen Fritz Fischers⁹ waren, eigentlich den Krieg? Es gab dazu in der einschlägigen deutschen Forschungslandschaft¹⁰, in einer gewissen Bandbreite, von Fritz Fischer über Egmont Zechlin und Karl-Dietrich Erdmann bis zu Gerhard Ritter, doch so etwas wie einen Basiskonsens, die deutsche Führung habe den österreichisch-serbischen Konflikt zum Anlass genommen, eine Präventivkriegssituation herbeizuführen: In einer Situation, in der man sich militärisch qualitativ – noch – überlegen sah, sollten die potentiellen Gegner des Zweibundes, Frankreich und Russland, entweder kriegerisch niedergeworfen oder unter äußerstem diplomatisch-militärischem Druck derart verunsichert werden, dass diese gegnerische Koalition zerbrach – in jedem Falle würde dem Deutschen Reich die europäische Hegemonie zufallen. Insbesondere bei Fritz Fischer kamen partiell noch offensivere deutsche Ambitionen hinzu, so der Wunsch, die Hand auf die Erzvorkommen in Ostfrankreich zu legen bzw. das eigene Kolonialimperium, geostrategisch verzettelt und ohne Schwerpunkt, durch ein deutsches „Mittelafrika“ auf Kosten Frankreichs, Belgiens und gegebenenfalls Großbritanniens zu einem wirklichen Kolonialimperium machen zu können. Hinzu kamen weitere Überlegungen, die sich aus den in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts in der deutschen Geschichtswissenschaft dominierenden sozialhistorischen Betrachtungsweisen speisten: Das Kaiserreich sei weithin monarchischer Obrigkeitsstaat gewesen, mit einem Antagonismus der „Klassen“. Die führende Rolle der ostelbischen Grundbesitzer, der Offiziers- und Beamtenkaste, sei daher immer weitergehenden Gefährdungen unterlegen

gewesen, verstärkt seit den Reichstagswahlen von 1912 mit ihrem Ergebnis einer de facto Mehrheit der linken Mitte, bestehend aus SPD, Zentrum und [<<24||25>>] Linksliberalen. Angesichts dieser Situation habe der Große Krieg, zumal gegen Russland, die Chance geboten, mittels einer Parole gesamtnationaler Solidarität die auch künftige politische Deklassierung der Unterschichten zu überspielen und durch kriegerische Erfolge politische Defizite zu kompensieren. Dahinter steht die Formel von einem „Primat der Innenpolitik“, dem auch und gerade das kaiserliche Deutschland jener Jahre gefolgt sei. Wenn man aber so handeln wollen, dann sei 1914 der richtige, wenn nicht ein schon sehr später Zeitpunkt gewesen: Das große Thema, das in diesen Jahren über Deutschland bzw. über Deutschland und Österreich-Ungarn wie ein Damoklesschwert zu hängen schien und als solches wahrgenommen wurde, lautete schlicht: „Russland“. Russland avancierte in die Rolle des Dämons und dies in mehrfacher Hinsicht: Zum einen galt es bereits seit einem Jahrhundert, seit den Tagen der Heiligen Allianz der damaligen drei konservativen Großmächte Russland, Österreich und Preußen nach dem Wiener Kongress, als der „Gendarm Europas“, als der geschworene Feind aller liberalen, demokratischen und um so mehr aller sozialistischen Bewegungen – und damit wurde es auch zum Schreckgespenst, mit dem man, wenn es hart auf hart kam, sogar die deutsche Sozialdemokratie ins nationale Boot bugsieren konnte. Kein Zweifel: dieses Kalkül hat die politische Reichsleitung auch in den Krisentagen des Juli 1914 mitbestimmt. Des Weiteren aber galt Russland als zumindest potentiell militärisch übermächtig. Aus heutiger Rückschau kann man mit gutem Grund schlussfolgern, dass man damals in Wien wie in Berlin auch Imaginationen aufsaß, dass Zahlen schon für militärische Substanz gehalten wurden. Um es sehr verkürzt zu sagen: So sehr die deutschen Militärs Russland vor dem Ersten Weltkrieg, wie sich bald zeigen sollte, überschätzt